

Landesfinanzminister Norbert Walter-Borjans muss weniger Schulden machen als geplant.

Foto: dpa

# Der Milliarden-Schatz

**NRW** Überraschend entdeckt der Finanzminister eine Riesensumme im Etat. Doch der Beifall bleibt aus. Die CDU fordert den Rücktritt.

Von Frank Uferkamp

**Düsseldorf.** Man hatte schon gedacht, der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) gehe lediglich als Rekordschulden-Minister in die Geschichte ein. Seit gestern darf er sich auch des Titels als bester Schatzsucher der Landesgeschichte rühmen. Völlig überraschend präsentierte er gestern morgen eine Summe von 1,3 Milliarden Euro. Um diesen Betrag könne die Neuverschuldung für das Jahr 2010 abgesenkt werden, verkündete er. So etwas hatte es noch nicht gegeben.

## Walter-Borjans kann seinen Fund nicht richtig erklären

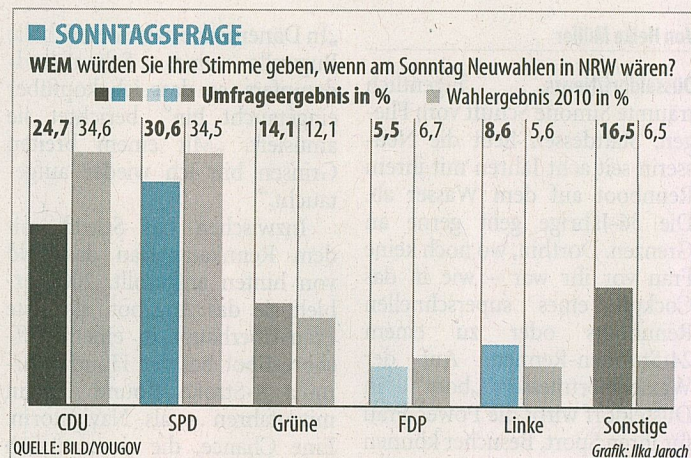
Einen Monat nach der Verabschiedung des Nachtragsetats 2010 mit einer Rekordverschuldung von 8,4 Milliarden Euro, eine Woche nach einem gerichtlich verordneten Kreditstopp, drei Wochen vor der mündlichen Verhandlung über die Verfassungsmäßigkeit des Nachtragsetats offenbarte der Finanzminister seinen Fund, den er selbst

nicht so richtig erklären konnte. Rund 355 Millionen Euro resultierten aus Mehreinnahmen, 960 Millionen Euro habe man weniger ausgegeben, sagte Walter-Borjans. „Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie sich die Summe zusammensetzt. Das werden wir noch genau auflisten“, sagte er den verdutzten Journalisten.

## Die Summe entspricht exakt der Rückstellung für die WestLB

Nun ist eine solche Summe beileibe kein Pappenstiel und trägt dazu bei, dass die Neuverschuldung im Jahr 2010 bei 7,1 Milliarden Euro statt bei 8,4 Milliarden Euro liegt. Das ist aber immer noch ein Rekordwert. Die 1,3 Milliarden Euro sind in der Summe genau deckungsgleich mit der Rückstellung im Etat, die Walter-Borjans für die Bad Bank der angeschlagenen WestLB vorgesehen hat. „Das ist reiner Zufall“, versicherte der Finanzminister.

Diese Rückstellung steht im Mittelpunkt der Klage von CDU und FDP vor dem Verfassungsge-



richt. Denn sie ist kreditfinanziert – ein Umstand, den das Gericht schon bei anderen Landesregierungen als nicht verfassungsgemäß geißelt hat. Die Rückstellung wurde übrigens auf Drängen der Grünen bei den Koalitionsverhandlungen im Sommer ins Regierungsprogramm aufgenommen.

## Es sollte eine Friedensbotschaft an die Richter sein

Am 15. Februar steht vor dem Landesverfassungsgericht in Münster die mündliche Verhandlung an. Der Auftritt von Walter-Borjans war von der Staatskanzlei vor allem als Frie-

densbotschaft an die Richter geplant. Doch das politische Echo war verheerend.

Die CDU forderte den Rücktritt des Finanzministers. Landesparteichef Norbert Röttgen meldete sich aus dem fernen Berlin: Walter-Borjans versuche „auf plumpe Weise die Bürger, das Parlament und den Verfassungsgerichtshof zu täuschen“, sagte er. Die Opposition freute sich deutlich vernehmbar über die Steilvorlage. Genüsslich sprach FDP-Fraktionschef Gerhard Papke von einer „kopflösen Regierung“. Seine Botschaft: Die FDP stehe gerne bereit, wenn die rot-grüne Regierung Hilfe brauche.